

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Hugo Schmidt, Dresden.
Verantwortl. Redakteur: Hugo Schmidt.
Druck u. Verlag von Hugo Schmidt & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 10 000 Leipzig.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise:

In Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Juhrgang monat. 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch d. Post bei tagl. zweimal. Versand monat. 6 M., vierteljährlich 18 M.
Die 10seitige 37 mm breite Seite 2 M., bei Familienangehörigen, Einzelnen unter 10 M., u. Wohnungsmietern, 10seitige Seite 1 M. und Verträge 25%. Vorkaufspreise laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Barzahlung, Anzeigennummer 30 94.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Hugo Schmidt & Co., Dresden.
Druck u. Verlag von Hugo Schmidt & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 10 000 Leipzig.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Sendungen werden nicht angenommen.

Bevor Sie auf die Reise gehen

lassen Sie Ihre CAMERA
in Ordnung bringen im
Photohaus WÜNSCHE, Ringstraße 27,
Ecke Moritzstraße.

Café Hülfert

Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Zigarren, Rauchtabake, Zigaretten, Kautabake.

Fabrikate erster Firmen. i. i. Riosenauswahl.
Man beachte meine Schaufenster.
Johannes Philipp
Dr. Brüdergasse 6 (Nähe Schloßstr.), Ammonstr. 48 (gegenüb. Falkenbrücke).
Abgabe auch an Hiederverkäufer.

Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen

Vollmachten für den Friedensschluß.

London, 3. August. (Nentex.) Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind abgebrochen worden. Die polnischen Delegierten gehen nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, welche die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen. (W. T. B.)

Wien, 3. August. Der heutigen Funkpruch aus Moskau bringt eine Sensation: Die polnische Waffenstillstandskommission funkte am 2. August dem polnischen Außenminister Sapieha, daß die Vertreter des Sowjetkommandos in Baranowitsch ihr mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung nicht allein über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln solle. Diese erweiterten Verhandlungen sollen am 4. August in Warschau beginnen. Da die polnische Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, erbaten die Sowjetdelegierten entweder eine Erweiterung der polnischen Vollmachten oder das Eintreffen von neuen, mit neuen Vollmachten ausgerüsteten Delegierten. Auf eine polnische Anfrage antwortete Sapieha, der drahlische Verkehr der polnischen Waffenstillstandskommission mit der polnischen Heeresleitung solle nicht verhindert werden; er wünsche ferner, die Aufmerksamkeit der Waffenstillstandskommission auf die Note hinzuweisen, in der die Sowjetregierung die Absicht ausgesprochen habe, die Verhandlungen zu einem Friedensschluß auszubauen.

Erneuter Pessimismus in Warschau.

Warschau, 3. August. Die zuversichtliche Stimmung, die sich in Erwartung des Waffenstillstandes bemerkbar machte, ist wieder in harkten Pessimismus umgeschlagen. Alle Hoffnungen auf die Rettung Warschaws sind gesunken. Nach aufgegebenen Funkprüchen ist die Besetzung Warschaws durch die Roten Truppen für den 9. August vorgesehen. Die Verlegung der Ministerien und Verwaltungsbehörden wird mit feierhafter Hast betrieben. Die Flucht der Zivilbevölkerung hat bereits begonnen. Die Verteidigung der Hauptstadt ist der Nordarmee unter General Haller übertragen worden.

Die Bedrohung von Lemberg.

Basel, 3. Aug. Aus Warschau wird gemeldet: Die Russen stehen vor Brody, aber Pultsk und in der Ukraine über Husiatin, kaum 17 Kilometer vor Lemberg. Die Polen bereiten sich sichtlich auf die Verteidigung der Stadt vor. Aus Warschau und Krakau sind zwei freiwilligen Divisionen nach Lemberg abgegangen unter Führung französischer Offiziere, jedoch nur sehr schwach mit Artillerie ausgerüstet. Auch von der rumänischen Grenze bei Rowoselice werden große russische Truppenansammlungen gemeldet.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 3. August. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat heute unter Leitung des Ministers Dr. Herms und in Gegenwart des preussischen Staatskommissars für Ernährung eine Besprechung mit den Ernährungsministerien von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehende Verhandlung ergab den einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Hinsichtlich des Brotgetreides herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die straffe Bewirtschaftung und schärfte Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hierbei keinerlei Ausweichungen eintreten dürfen. Die dringlichste Schaffung ausreichender Getreidereserven ist eine der wichtigsten Aufgaben. Auch bei Milch, Butter und Inlandskäse sollen keinerlei Ausweichungen eintreten. Ueber die Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Augusthälfte gefaßt werden. Falls sich befriedigende Ernten erwarten lassen, wird die Freigabe als die zweckdienlichste Lösung bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung soll im Herbst ihr Ende finden. Mit allem Nachdruck ist die Einfuhr und wenn möglich die Verbilligung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Mais ist sofort freizugeben. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben werden und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mf. für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse D für geringwertiges Fleisch mit einem Preisfuß von 180 Mf. gefordert. Die Freigabe der Margarine wurde gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des Inlandsmaises soll mit der Freigabe des Fleisches aufhören. Die Zuderbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrecht erhalten, die Preise möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nichtbewirtschafteten Nahrungsmitteln, z. B. Salzheringen usw., wird möglichst sofort freizugeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß im neuen Wirtschaftsjahre wenigstens eine Stabilisierung der Dingenmittelpreise erzielt wird, ohne eine Senkung der Dingenmittelpreise aus dem Auge zu verlieren. Von den Kriegsgesellschaften sollen nur diejenigen weiter bestehen bleiben, welche die zentrale Bewirtschaftung der wichtigsten Getreidearten ausüben, aber auch innerhalb dieser wird mögliche Verbilligung eintreten. (W. T. B.)

Nach polnischen Meldungen haben die Russen in Dzialkoff und Pinst bereits die Sowjetverwaltung eingeführt und die polnische Verwaltungsbehörde abgesetzt.

Die Richtung nach dem Korridor.

Moskau, 3. August. Bolschewistische Kreise in Tomzja bereits eingebunden, aber Dzialkoff ist noch in den Händen der Polen. Da aber der polnische Nordflügel völlig zerstückelt ist, können die russischen Truppen in zwei Tagen den sächsischen Zipfel des polnischen Korridors erreichen und damit den Bahnverkehr zwischen Danzig und Warschau so weit gefährden, daß die Polen nicht mehr auf die im Danziger Hafen anwachsenden und dort ausgeladenen Waffen- und Munitionstransporte der Entente rechnen können. Die Entschlossenheit der Russen, die Polen aus dem Korridor zu vertreiben, wird von russischen Offizieren allgemein betont.

Ausschaltung Polens als Pufferstaat.

London, 3. August. Aus New York wird der „Daily Mail“ gemeldet, daß nach zuverlässigen Informationen, die dem Staatsdepartement in Washington zugegangen sind, die Sowjetregierung als Bedingung für einen Friedensschluß die Ausschaltung Polens als Pufferstaat zwischen Deutschland und Sowjetrußland stellen werde.

Wilson und die Londoner Konferenz.

London, 3. August. Nach einer „Times“-Meldung aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, Vertreter entsenden werde. Wie von gutunterrichteter Seite, die Wilson nahesteht, behauptet wird, soll der Präsident die Ansicht sein, daß die Londoner Konferenz zur Revision des Versailler Friedensvertrages führen werde. (W. T. B.)

Eine deutsche Note über die Transporte.

Berlin, 3. August. Die Reichsregierung wird, wie die „Post“ hört, in den nächsten Tagen eine Note an die Entente richten, in der sie ersucht, ihr die allierten Waffentransportzüge jeweils im voraus anzufordern. Bei dem in Erfurt aufgehaltenen französischen Transport handelte es sich um den täglich verkehrenden Urlaubertransport, der in ihrem Kontingent zurückkehrende Urlauber mit Waffen planmäßig befördert.

Kopp auf der Reise nach Moskau.

Berlin, 3. August. Der Agent der russischen Sowjetregierung Viktor Kopp ist vor einigen Tagen nach Moskau abgereist. Es handelt sich um Besprechungen wirtschaftlicher Natur, mit denen Kopp in Berlin betraut werden soll. Voraussichtlich wird auch die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach in Moskau erörtert werden, die seinerzeit den Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Regierung veranlaßte.

Der Volkswirtschaftsausschuh gegen die Kartoffelzwangswirtschaft.

Berlin, 3. August. Der Volkswirtschaftsausschuh des Reichstages nahm einen vom Zentrum eingebrachten Antrag, bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern zu schaffen, einstimmig an. Der Antrag, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien angenommen. (W. T. B.)

Dreißiger Bandenüberfall auf das Gefangenenlager Altdamm.

Stettin, 3. August. In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachposten des Kriegsgefangenenlagers in Altdamm an, bemächtigte sich ihrer Gewehre und drang ins Lager ein, um dessen Waffenkammer noch weitere 30 Gewehre mitzunehmen. Die Hauptwache des Lagers eröffnete das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, welche die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre der Wachposten wurden von ihnen mitgenommen. (W. T. B.)

Vorpommern ohne Vieh.

Swinemünde, 3. August. Seit heute vormittag ist ganz Vorpommern mit den zahlreichen Däseebädern ohne elektrisches Licht und Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Ueberlandzentrale Straßund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Ausstand getreten sind. Der Streik hat auch auf die Viehbesitzer in Swinemünde übergriffen, so daß sämtliche Baderorte in Swinemünde übergriffen, so daß sämtliche Baderorte der Umgebung in Mitleidenschaft gezogen sind, ebenso auch das Wasserwerk. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Der Internationalismus in der Arbeiterbewegung.

Trotzdem die ganze Welt von Krieg und Kriegsgeschrei erfüllt ist und die nationalen Gegensätze schärfer als je aufeinander spielen, hat der Internationalismus in der Arbeiterbewegung das Bestreben, sich zu einer neuen Erscheinungsform nach dem Weltkrieg durchzuführen, und es taugen zurzeit gleich zwei internationale Organisationen auf einmal, eine in Moskau und die andere in Genf. In einer sozialen Entwicklungsperiode, in der alles darüber einig ist, daß dem Arbeiter eine höhere soziale Stellung als bisher eingeräumt und seine Beteiligung am Produktionsprozeß erweitert werden muß, erscheint es nicht nur als berechtigt, sondern direkt als notwendig, daß die bürgerliche Gesellschaft sich um ein tieferes Eindringen in die weltanschaulich-moralischen Beweggründe der Arbeiterbewegung bemüht; denn eine auf Irrwegen befindliche geistige Bewegung kann schließlich nur mit geistigen Waffen wirksam bekämpft werden, und wer dazu mithelfen will, muß sie vor allem kennen.

Bis heute sind drei Internationale auf der Bildfläche erschienen. Die erste ist die sozialistische Gemeinschaft, die 1884 in London unter dem Einfluß von Karl Marx begründet wurde. Ihren ursprünglichen, auf die Befreiung abzielenden Charakter verlor diese Organisation in eben dem Maße, wie sich der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie mit ihrem Glauben an die allmähliche friedliche Erringung des sozialistischen Zukunftsstaates durchsetzte. Der große kulturelle Gedanke, der diese erste Internationale beherrschte, war die Verwerfung des Krieges und dessen Ersatz durch kulturwürdige Mittel der Austragung von Streitigkeiten unter den zivilisierten Nationen. Im Jahre 1907 wurde dieses leitende Prinzip der ersten Internationale auf dem Kongreß in Stuttgart durch die Annahme folgenden Antrages festgelegt: „Trotz der Ausbreitung eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den parlamentarisch regierten Ländern verpflichtet, alles anzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern“. Der wesentliche Unterschied zwischen dieser sozialistischen Internationale und der bürgerlichen sozialistischen Propaganda gegen den Krieg bestand darin, daß die erstere den nationalen Gedanken überhaupt verächtlich behandelte und sich außer von allgemeinen kulturellen Erwägungen auch noch von einer besonderen Rücksicht leiten ließ. In der sozialistischen Arbeiterbewegung war nämlich damals allgemein der Glaube verbreitet, der internationale Kapitalismus wolle, um die wachsende Herrschaft der Arbeitermassen zu brechen, einen großen Krieg entfachen. Dieser sollte die Welt von der überflüssigen Bevölkerung befreien und auf solcher Grundlage eine neue patriarchalische Herrschaft des Unternehmertums ermöglichen. So gina die sozialistische Forderung, deren Verwirklichung man durch die Parole: „Krieg dem Krieg!“ verhindern zu können glaubte.

Diese erste Internationale brach in den Sturmtagen des Juli und August 1914 überall wie ein Kartenhaus zusammen. Der nationale Gedanke feste so gründlich und vollständig, daß nirgends die Anhänger der Internationale auch nur den geringsten Versuch zu machen wagten, dem Stuttgarter Beschluß gemäß zu handeln. Als der Kriegsgott in die Trompete stieß, wurden alle internationalen Neigungen im Keime erstickt und der Nationalismus behielt in allen Staaten das Heft fest in der Hand. Sobald aber das gewohnte Denken und Empfinden zurückaufleben begann, setzten alsbald auch unter der Arbeiterklasse die Bemühungen zur Neuveränderung der Internationale wieder ein, und es gelang nach mancherlei vergeblichen Anläufen, die zweite Internationale in Genf ins Leben zu rufen, die augensichtlich an der Stätte ihrer Geburt wiederum versammelt ist. Sie lehnt sich eng an die erste an und will ebenfalls unter Verwerfung des Krieges den sozialistischen Staat mit Hilfe der Demokratie auf dem Wege der natürlichen Entwicklung verwirklichen. Zur Verhinderung eines abermaligen Weltkrieges ist jetzt in Genf der Vorschlag gemacht worden, es solle beim Ausbruch eines solchen Konflikts sofort ein internationaler Versauerarbeiterstreik erklärt werden. Das freilich ein derartiger Beschluß in der Praxis mehr Erfolg haben werde, als die vorerwähnte Stuttgarter Entschlieung, ist nicht anzunehmen; die nationale Bewegung würde doch wieder alle hemmenden Schranken niederreißen und auch die widerstrebenden Elemente in ihren Bann zwingen. Die führenden Köpfe sind bei der zweiten Internationale auf den geistigen Seite die Mehrheitssozialisten. Sie haben dem Genfer Kongreß eine an anderer Stelle bereits erwähnte Denkschrift vorgelegt, deren Einseitigkeit in der Beurteilung der Schuldfrage aus dem Tage hervorgeht: „Der im Jahre 1914 ausgedrohenen Krieg trägt auf deutscher Seite die Kennzeichen eines unvermeidlichen Präventivkrieges, der zwar nicht unmittelbar und auf alle Fälle gewollt, aber doch in verbrecherisch leichtfertiger Weise riskiert wurde“. Wie nahe hätte es gelegen, hier den letzten Rest von antinationaler Befangenheit abzuschütteln und mit demselben nationalen Mut, der die fremden Kapitalisten ausbeutete,